

Sächsische Dorfzeitung und Sbgauerpresse

Verlag: Sächsische Dorfzeitung, Dresden, Nr. 21. 2007
Herausgeber: Sbgauerpresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Verlag: Sächsische Dorfzeitung, Dresden, Nr. 21. 2007
Herausgeber: Sbgauerpresse Dresden

Zugabezeitung für das östliche Dresden und seine Dörfer

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher, Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Blasewitz, Niederpörsch, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Sbgauerpresse Dresden, Verlagsamt: Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. Verantwortlich für den Inhalt: Carl Drach, für den Verlag: Eugen Berner, beide in Dresden.

Abdruckt täglich mit den Beilagen: Kunst, Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Wörter, Radio-Zeitung, Anzeigen werden bis 6 Uhr abends mit 20 Gehörscheinchen berechnet, Resten bis 4 Gehörscheinchen. Anzeigen & Anzeigen mit Nachdruck und schwierigen Charakteren werden mit 30% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 12 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Anzeigenbeiträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeiger (Kasse) zu zahlen. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zinsenpreis in Kasse erhoben. Rückzahlung von Anzeigen erfolgt: b. per Post, c. durch den Postboten.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
88. Jahrgang

86

Dienstag, den 14. April

1925

Die französische Kabinettskrise noch nicht gelöst

Painlevé lehnt ab

Der Präsident der Republik hat Donnerstag mittags 1 Uhr 30 Minuten den Kammerpräsidenten Painlevé berufen und ihm den Auftrag, ein Kabinett zu bilden, angeboten. Der Präsident der Kammer dankte für diesen ehrenvollen Auftrag, erklärte aber, die Bedingung, die er vorgezogen erhalten habe, und die dabei gewonnenen Eindrücke hätten ihm die Überzeugung beigebracht, daß er sehr bald auf die gleichen parlamentarischen Hindernisse stoßen würde, auf die die Regierung Herriots von der von ihr geleisteten Dienste getrieben sei. Um eine dauerhafte Entspannung zwischen Kammer und Senat herbeizuführen, sei nach seiner Ansicht notwendig, daß der zukünftige Ministerpräsident gewiß ein ausgesprochen linksstehender Politiker sein müsse, aber einer, der viel weniger als er, Painlevé, an den politischen Kämpfen der letzten Jahre beteiligt gewesen sei. Hiermit hat der Präsident der Republik den Abgeordneten Aristide Briand ins Gespräch berufen.

Briand erhält Auftrag und sucht Fühlung mit den Sozialisten

Der Präsident der Republik hat dem Abgeordneten Aristide Briand die Kabinettsbildung angetragen. Briand erklärte ausdrücklich, daß er diesen Auftrag nur durchzuführen könne, wenn es ihm ermöglicht werde, sich auf die Mehrheit zu stützen, die sich aus der Wahl vom 11. Mai ergeben habe. Aus diesem Grunde hat Briand sofort, nachdem er das Thema verlassen hatte, mit Herriot als dem ehemaligen Vorsitzenden der Radikalen Partei verhandelt. Unmittelbar nach dieser Besprechung hat Briand den Wunsch geäußert, baldigst mit dem Vorstand der radikalen und der sozialistischen Kammerfraktion verhandeln zu können. Um 3 Uhr nachmittags hat die Beratung Briands mit dem Vorstand der sozialistischen Kammerfraktion begonnen. Die Konferenz war um 4 Uhr beendet. Die Savas berichtet, erklärte Briand, daß er entschlossen sei, sich nur auf die Mehrheit vom 11. Mai zu stützen, deren Elemente reiflos die Verantwortung für die neue Regierung übernehmen müßten. Briand hat also nicht nur die Unterstützung der sozialistischen Partei erbeten, sondern auch die Frage ihrer Beteiligung am Kabinett aufgeworfen. Die Vertreter der Kammerfraktion antworteten, daß sie kein Mandat hätten, auf diese beiden Fragen zu antworten, daß sie vielmehr verpflichtet seien, dem Nationalrat der Partei, also dem erweiterten Vorstand, die Entscheidung hierüber zu überlassen. Dieser ist auf Dienstag zusammenberufen worden. Nach Beendigung der Konferenz mit den Sozialisten besprach sich Briand mit dem Vorstand der radikalen Kammerfraktion. In den Sandelungen der Kammer wird erzählt, im Laufe dieser Beratung solle weniger vom politischen Programm der neuen Regierung, als von deren Zusammensetzung die Rede gemeint sein, da sich über letzteres mühelos eine Einigung erzielen lassen werde. Briand habe erklärt, Painlevé hätte sich mit einer Unterstützung der Sozialisten begnügen können, er aber müsse ihre direkte Mitarbeit verlangen. Im Falle, daß der Präsident der Republik die von Briand einseitige Politik im Laufe der heute abend stattfindenden Unterredung billigt, wird also ernstlich die Enderhebung des Nationalrates der sozialistischen Partei auf Dienstag die Lösung der Kabinettskrise um zwei Tage hinausgeschoben werden.

Um 7 Uhr hat sich Briand ins Gespräch mit dem Präsidenten der Republik berufen und ihm die Verhandlungen, die er im Laufe des Nachmittags geführt hat, die Unterredung dauerte ungefähr 30 Minuten. Beim Verlassen des Hauses erklärte Briand den Journalisten, bei der augenblicklichen Lage könne er nur ein Ministerium bilden, in dem jede Gruppe des Parteien der Linken, also auch die Sozialdemokraten, vertreten seien. Am Montag vormittag werde er die finanzielle

Bleichschlagkatastrophe in Königstein

3 Tote und 23 Verletzte

Die Festung Königstein wurde am zweiten Feiertag der Schaulager einer schweren Bleichschlagkatastrophe. Ein gegen 4 Uhr nachmittags über der Sächsischen Schweiz aufziehendes Gewitter entlud sich, elbarmt stehend, gerade über der Festung, ohne daß starke Regenfälle zu einer Flucht vor dem Unwetter nötigten. So kam es, daß ein Gruppe von Besuchern der Festung traf, die sich unter Leitung des Führers gerade auf der sogenannten Königsnase befand. Sämtliche 30 Personen der Gruppe wurden sofort zu Boden geworfen und waren betäubt. Nach Ueberwindung des ersten Schreckens stellte es sich leider heraus, daß die Wirkung des Bleichschlags noch viel entsetzlicher war. Der Bleich hatte zunächst eine alte Eiche, getroffen, unter der sich die Gruppe aufhielt. Der Stamm dieses Baumes war von einem Eisengitter umgeben, an dem sich drei Personen festhielten. Sie wurden sofort getötet. Die übrigen 23 Personen wurden alle verletzt, glücklicherweise nur leicht. Eine Pionierabteilung, die zurzeit auf der Festung weilt, sowie der zünftig anwesende Dresdener Arzt Dr. Hänel leisteten die erste Hilfe. Bald traten auch die Königsteiner Sanitätskolonne und mehrere Ärzte ein. Mittels Fahrtuhls, Privatautos und eines großen Gesellschaftsautos wurden die Verletzten in die Krankenhäuser von Königstein und Dohna zugeführt. Die leichter Verletzten wurden nach ihren Wohnorten gebracht. Ein Augenzeuger schildert den Vorgang folgendermaßen: Da eine Unterredung der Führung nicht notwendig erschien, weil es nicht regnete, wurde die zusammenstehende Gruppe so schwer getroffen. Wie nach dem Einschlag einer Granate sah die Unglücksstätte aus. Die Leute lagen mit zerschlagen und verbrannten Gliedern umher. Der lahme Führer nahm sich sofort der Verletzten an. Die drei Getöteten waren sofort an Herzjahmung

gestorben. Die Lähmungsercheinungen der Verletzten hoben sich zum größten Teil bald, nachdem sie im Lazarett gebettet und erfrischt worden waren. Soweit Brandwunden zu verzeichnen sind, sind diese nicht lebensgefährlich. Eine junge Frau hat allerdings stärkere Brandwunden erlitten. Der Bleichstrahl wird von anderen Zeugen des Unglücks als außerordentlich stark bezeichnet. Er soll sich stark verzweigt und solche Kraft besessen haben, daß er einen 30 Kg. schweren Gesteinsblock einfach aus hob und Teile davon abplattete. Das Gewitter war ein sogenanntes Trockengewitter, ohne Regenfälle.

Königstein, 13. April. Bei dem Bleichschlagunglück auf der Festung Königstein wurden getötet: Johannes Großmuth aus Lengfeld i. Erzgeb.; Hermann Großmann, Breslau, Viktorialstraße 94; Frau Martha Görlig aus Pirna, Moltkestraße 11.

Verletzt sind 23 Personen, die meisten leicht. Die Namen der Verletzten sind: Willi Franz, Chemnitz, Köhlerstr. 21; Fel. Lotte Trübsch, Dresden, Bärensteiner Straße 288; Fel. Lotte Drechsel, Chemnitz, Neckerstr. 50; Herr und Frau Daniel, Gumbold bei Bautzen; Fel. Lehmann, Oberpörsch bei Bischofswerda; Fel. Hilde Eisebreich, Oberittersgrün i. Erzgeb.; Singer, Dresden, Kronenapotheke; Herder Steinke, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 86; Herr und Frau Leonhardt, Fel. Helene Leonhardt, Sohn Hans Leonhardt, Westhof bei Pirna; Oskar Bräutigam, Leipzig, Breite Straße 8; Herr Albert und Frau Maria Kästel, Schandau, Kirchstraße 16; Richard Schmidt, Frau Frieda Schmidt, Tochter Edith Schmidt, Dresden, Eisenstraße 28; Hugo Richter, Dohna bei Pirna; Frau Johanna Heidegen, Leipzig, Schöneberger Straße 71; Kurt Dertel, Leipzig, Dresdener Straße 74; Hoffmann, Dresden, Zwickauer Straße.

und wirtschaftliche Lage prüfen, er hoffe, dem Präsidenten abdem um 12 Uhr gute Nachrichten überbringen zu können. Unter den gegenwärtigen Umständen sei es unmöglich, ein Ministerium zu bilden, bevor man nicht alle Fragen erschöpft und sich einer sicheren und dauerhaften Mitarbeit versichert habe.

Briand bei Boncourt

Briand hatte gestern eine Unterredung mit dem sozialistischen Abgeordneten Paul Boncourt, mit dem er, wie berichtet wird, sich insbesondere über das Sicherheits- und Entwaffnungsproblem sowie über die Rückwirkungen unterhielt, die die Verabschiedung der ins Auge gefassten Lösung auf die militärische Organisation in Frankreich haben könnte.

Die Frage der sozialistischen Beteiligung

Briand soll nach einem Bericht der Agentur Savas den Mitgliedern der demokratischen Linken im Senat gestern nachmittags erklärt haben, die Frage der sozialistischen Beteiligung sei ernst. Echo de Paris will sogar den Eindruck gewonnen haben, daß ohne deren Beteiligung Briand die Kabinettsbildung nicht durchführen werde. Alsdann müßten die Radikalen eine Entscheidung treffen, denen man offenbar, wenn die Sozialisten sich weigern, mit Briand zusammenarbeiten, die ganze Verantwortung für die Lage aufhalsen wolle. Sollte Briand die Bildung des Ministeriums ablehnen und Painlevé bei seiner Weigerung beharren, dann, so nimmt das in der Opposition stehende Blatt an, wäre das Kartell der Linken erledigt.

Verfalltag!

Die Morgenblätter betonen, daß die finanzielle und wirtschaftliche Lage rasche Ent-

Deutschland und der Sturz Herriots

Der Rücktritt der französischen Regierung Herriot ist das Anzeichen einer neuen Wendung der außenpolitischen Lage, die zweifellos nach der deutschen Präsidentschaftswahl ein entscheidendes Stadium eingetreten wäre, wenn nicht jetzt in Frankreich ein mit all seinen Komplikationen verbundener Regierungswechsel bevorstände. Man ist in Deutschland bisher immer gewillt gewesen, Herriot als den Exponenten einer Politik zu betrachten, welche die Herbeiführung einer Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich anstrebt. Die Aera Herriots hat zwar nicht zu einer Lösung der Probleme geführt, aber sie hat auch auf das sorgfältigste vermieden, neue Sanktionen oder Gewaltmethoden gegenüber Deutschland anzuwenden. Sollte Herriots Nachfolger etwa der Poincaré-Gruppe nahestehten, so würde man in Deutschland allen Grund haben, der Entwicklung der Dinge mit starken Bedorfen entgegenzusehen.

Zur Stunde will man in den Berliner maßgebenden außenpolitischen Kreisen noch nicht recht glauben, daß Herriot durch seine Niederlage im Senat schon völlig erledigt ist. Man erwartet daher eine Wiederkehr des bisherigen französischen Kabinetts oder zum mindesten die Bildung einer gemäßigten Rechtsregierung unter Briand, der jetzt Auftrag zur Kabinettsbildung erhalten hat und Fühlung mit den Sozialisten sucht. Der Sturz Herriots muß jedoch insofern in Deutschland einen unangenehmen Eindruck hervorrufen, als gerade in den letzten Wochen die Möglichkeit eines Entenkens Frankreichs in der Sicherheitstrage bestanden hat. Daß jetzt etwa wieder ein Kabinett Poincaré ans Ruder kommen könnte, hält man jedoch in den Berliner außenpolitischen Kreisen für nahezu ausgeschlossen.

Die Rückwirkungen der französischen Regierungskrise werden sich zunächst darin bemerkbar machen, daß die Erörterung der Sicherheits- und der Räumungsfrage gänzlich zum Stillstand kommen wird. Schon seit dem offenen Ausbruch der Krise zeigte sich, daß Frankreich bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge gar nicht in der Lage war, die außenpolitischen Verhandlungen fortzuführen, zumal da die Aufmerksamkeit der französischen politischen Kreise völlig von der Innenpolitik in Anspruch genommen wurde.

Es wird voraussichtlich längere Zeit dauern, ehe Frankreich wieder über eine handlungsfähige Regierung verfügt und bis dahin kann sich die außenpolitische Lage noch ernster gestalten als sie ohnehin jetzt schon ist. Auf jeden Fall eröffnet sich jetzt ein für Deutschland sehr ungünstiges Stadium, in dem die Lösung der sehr wichtigen Probleme hinausgezögert und verschleppt wird, sodas auch die Räumung der nördlichen Rheinlandszone erneut völlig in der Luft schwebt.

Die weitere Entwicklung der französischen Politik hängt jetzt davon ab, ob es dem Linkskartell gelingen wird, die Regierungsbildung wieder in die Hand zu nehmen. Augenblicklich hat es den Anschein, als sei diese Möglichkeit nicht vorhanden, und als müsse die Partei Herriots Anstoß an die Kreise Poincarés finden, die weit bis in die Mitte hinein reichen und die alle Kräfte daran legen, die Wiederkehr einer Linksregierung zu verhindern. Vorläufig besteht, nachdem Painlevé abgelehnt hat und Briand noch mit der Erledigung des ihm erteilten Auftrages zur Kabinettsbildung beschäftigt ist, über die französische Krise noch weiter

Die französische Kabinettskrise und das Sicherheitsproblem

Der diplomatische Berichterstatter der Londoner Sunday Times schreibt zur französischen Ministerkrise, nach britischer Auffassung würde ein nationalistisches Kabinett unter Millerand-Maginot oder Poincaré und Maginot den Tod für die Verhandlungen über das Sicherheitsproblem bedeuten, da die genannten Staatsmänner sich bereits gegen einen Pakt, an dem Deutschland beteiligt ist, erklärt hätten, während das britische Kabinett jedes einseitige Bündnis zwischen Großbritannien, Frankreich und Belgien abgelehnt habe.

Ähnlich schreibt der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph, in britischen Kreisen herrsche der Eindruck, daß die Aussicht auf einen erfolgreichen Ausgang der Sicherheitsverhandlungen eng mit der Bildung einer Regierung in Frankreich, die ihre Hauptunterstützung von links erhalte, verbunden sei, wobei die Zusammenlegung des Kabinetts weniger wichtig sei.